



BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Zum Ausgang der Landtagswahlen 2012

Schwarz-gelb abgewählt – aber wohin geht die Reise?

Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2012 kommt die CDU auf 30,8 Prozent (2009: 31,5 Prozent). Die Sozialdemokraten mit ihrem Spitzenkandidaten Torsten Albig verbessern sich auf 30,4 Prozent (2009: 25,4 Prozent). Die Grünen erhalten 13,2 Prozent (2009: 12,4 Prozent), die Piratenpartei 8,2 Prozent und der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), der als Vertretung der dänischen Minderheit von der Fünf-Prozent-Hürde ausgenommen ist, 4,6 Prozent (2009: 4,3 Prozent). Die FDP zieht mit 8,2 Prozent (2009: 14,9 Prozent) wieder in den Landtag ein, während die Linkspartei mit 2,2 Prozent (2009: 6,0) an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert. Die NPD erhielt 0,7 Prozent (2009: 0,9 Prozent) der Stimmen.

Die Wahlbeteiligung lag bei 60,1 Prozent. An dieser Zahl wird deutlich, dass ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung von Wahlen und vom Parlament für sich keine positiven Veränderungen in der Politik für ihre Interessen mehr sieht.

Die schwarz-gelbe Regierung ist abgewählt – das ist gut so. Der "Schmusewahlkampf" von SPD und Grünen war aber nicht angelegt, die sozialreaktionäre Politik von CDU und FDP zu demaskieren. Das hat zur Folge, dass die CDU stärkste Partei im Landtag geblieben ist und Kubicki und seiner FDP der Wiedereinzug gelang.

Die SPD zeigte sich vom Wahlergebnis enttäuscht. Der damalige Oberbürgermeister von Kiel und Spitzenkandidat der SPD, Torsten Albig, hatte sich viel mehr erhofft, hatte eigentlich 40

Prozent angepeilt. Gleichzeitig zeigte er sich aber entschlossen, auch mit nur einer Stimme Mehrheit im Landtag eine Koalition aus SPD, Grünen und dem SSW zu bilden, die im Landtag über eine Stimme Mehrheit verfügt. Die Piratenpartei hatte in ersten Stellungnahmen signalisiert, diese Regierung tolerieren zu wollen.

Die Piratenpartei ist mit sechs Abgeordneten erstmals in den Kieler Landtag eingezogen. Der Spitzenkandidat Torge Schmidt hatte schon vor der Wahl angekündigt, "thematische Bündnisse" mit anderen Fraktionen eingehen zu wollen. Eine Regierungsbeteiligung streben die Piraten aber nicht an. Im Landtag wollen sich die Piraten nach ersten Ankündigungen dafür einsetzen, Ausschusssitzungen live im Internet zu übertragen. Außerdem wollen sie die Hürde für Volksentscheide auf Landesebene senken und die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein zu einer gentechnikfreien Zone erklären.

Von der neuen Landesregierung ist keine grundsätzlich andere Politik, keine Politik im Interesse der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Familien zu erwarten. Was soll man von Parteien auch erwarten, die die "Schuldenbremse", die HSH-Nordbank und den Rüstungsstandort Schleswig-Holstein als oberste Priorität ansehen; die der Bevölkerung weismachen wollen, dass es zu Hartz IV, Niedriglöhnen, zu Rüstungsexport und Auslandseinsätzen der Bundeswehr keine Alternativen gibt. Dass sich in diesen Grundfragen nichts ändern wird, hat Torsten Albig (SPD) als Oberbürgermeister von Kiel zur Genü-

ge unter Beweis gestellt – und als Ministerpräsident wird er auch nicht anders handeln wollen.

Es bleibt abzuwarten, wie die Piratenpartei im Landtag agiert und ob ihren Ankündigungen nach mehr Bürgerbeteiligung auch Taten folgen.

Es ist bedauerlich, dass der Linkspartei der Wiedereinzug ins Parlament nicht gelungen ist. Trotz aller Unzulänglichkeiten und Halbherzigkeiten war sie im Landtag die einzige Stimme, die sich dem unsozialen Schuldenbremse-Diktat widersetzt hat. Es ist zu hoffen, dass sie nun ihre Kraft und Kompetenz in die außerparlamentarischen Aktivitäten investiert.

Die DKP hat sich mit ihren begrenzten Möglichkeiten während des Wahlkampfes aktiv an den außerparlamentarischen Aktivitäten beteiligt und dort ihre Vorstellungen eingebracht: Im Rahmen der Tarifauseinandersetzungen bei ver.di und der IG Metall, im Widerstand gegen die geplanten Nazi-Aufmärsche in Lübeck und Neu-münster, in der Anti-AKW-Bewegung (endgültige Abschaltung des AKW Brokdorf), in den Protesten gegen Rüstungsexporte (insbesondere gegen die Lieferung von U-Booten an Israel).

Ziel der DKP wird auch nach den Wahlen sein, die außerparlamentarischen Bewegungen zu stärken, in ihnen zu wirken und Vorschläge einzubringen. Wesentlich ist dabei die Unterstützung aller politischen Forderungen und Aktivitäten, die für die Arbeiterklasse, das heißt für die lohnabhängig Beschäftigten und Arbeitslosen einschließlich ihrer Familien von entscheidender Bedeutungen sind.

Gewerkschaften brüskiert

Am 29. Juni stimmten Bundestag und Bundesrat dem Fiskalpakt zu. Mit ihrer Zustimmung neben der Regierungskoalition haben SPD und Grüne de facto eine Kriegserklärung zur Zerstörung öffentlicher Dienstleistungen und grundlegender sozialer Rechte, Arbeiterrechte und politischer Rechte der Bürger Europas unterschrieben. Im Besonderen aber haben die SPD-Bundestagsfraktion und die Ministerpräsidenten der von ihr (mit)regierten Länder die Gewerkschaften und ihre Mitglieder brüskiert. Schäuble hatte Recht, als er das politische Theater von SPD und Grünen im Vorfeld ihrer Zustimmung als innenpolitisch motiviertes Spektakel abtat. Merkels vage Zusagen, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, ist das sprichwörtliche Linsengericht, mit dem auch die Interessen von Millionen Gewerkschaftsmitgliedern auf dem Altar der Rettung der Guthaben und Profite von Bankstern, Zockern und Spekulanten geopfert wurden. Das auf dem Gipfel beschlossene Wachstumspaket besteht nach Aussage des DGB im Wesentlichen aus Luftbuchungen. Kein Vorhaben in der EU wurde von den deutschen Gewerkschaften bis dato so bestimmt abgelehnt wie der Fiskalpakt. So schrieb der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske alle Bundestagsabgeordnete an. "ver.di sieht in dem Fiskalvertrag ein Instrument, das die Demokratie schwächt, ökonomisch schädlich und sozial unverträglich ist", hieß es u. a. darin. In einem Schreiben an den Parteitag der Partei „Die Linke“ rief Michael Sommer als DGB-Vorsitzender zur Verhinderung des Vertrages auf. DGB Landesbezirke und -Kreisvorstände appellierte an die Abgeordneten ihrer Region. Vergebens.

Wenn es denn für etwas gut gewesen

sein könnte, dann zur Desillusionierung all jener GewerkschafterInnen, die nach der Bundestagswahl bei der SPD-Führung glaubten, einen Schwenk nach links feststellen zu können. Im Zweifelsfall wird diese SPD-Führung sich wieder den Wünschen des Kapitals beugen, wie bei der Hartz-Gesetzgebung. Und sieht man einmal von einem prominenten Gazprom-Lobbyisten ab, ist die Führungsmannschaft im Wesentlichen noch die gleiche. Die Arbeitsteilung zwischen SPD und Gewerkschaften aus Zeiten des „Rheinischen Kapitalismus“ funktioniert nicht mehr in Zeiten des globalisierten, neoliberalen Kapitalismus. Gezeigt hat sich, dass Gewerkschaften, die in solch existentiellen Fragen nicht zumindest Teile ihrer Mitgliedschaft mobilisieren können, nicht wirklich ernst genommen werden.

Es zeigte sich auch, dass ein richtiger Impuls seitens der Gewerkschaftsführungen nicht automatisch zu breiten Aktivitäten an der Basis führt. Ständige Angriffe auf Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, Prekarisierung, aber auch Widerstand, wo er denn stattfindet, kosten die Aktiven an der Basis viel Kraft und führen nicht im Selbstlauf zu politischen Einsichten und Mobilisierung. Eine Ursache dafür dürfte sein, dass in programmatischen und tagespolitischen Diskussionen in den Gewerkschaften linke, antikapitalistische Positionen eine untergeordnete Rolle spielen. Statt in Fragen wie der Erhöhung des Rentenalters auf die gesellschaftspolitische Auseinander-

setzung zu orientieren, findet vielfach nur noch eine Verbetreibung statt. Aber nicht dergestalt, dass gesellschaftliche Probleme in den Betrieb getragen werden, Gegenstand auch betrieblicher Aktionen bis hin zu Streiks werden. Vielmehr wird mit Regelungen versucht, durch altersgerechtes Arbeiten, Altersteilzeit etc. für den Kernbereich der Arbeiterklasse die Situation zu verbessern. Das hilft den Betroffenen. Aber auf der Strecke bleiben da neben den Gewerkschaftsmitgliedern in schwach organisierten Branchen vor allem Millionen in Klein- und Kleinstbetrieben, in denen kaum gewerkschaftliche Kampfkraft generiert werden kann, die auf gesetzliche Regelungen angewiesen sind.

Eine Stärkung der Gewerkschaften als gesellschaftspolitisch im Interesse aller Arbeitenden wirkenden Kraft setzt auch die Rückbesinnung auf „alte“ antikapitalistische Erkenntnisse und Positionen voraus, wie sie in früheren Grundsatzprogrammen des DGB zum Teil manifestiert waren. Linke Gewerkschafter müssen Diskussionen darüber, wie der Kapitalismus funktioniert, verstärkt führen in den Gewerkschaften, in linken Netzwerken, im Kollegenkreis, auf Seminaren. Und über Alternativen reden und Wege zu ihnen. Als Kommunistinnen und Kommunisten müssen wir mit allen Kolleginnen und Kollegen diskutieren, ob sie nun christlich geprägt, grün angehaucht, sozialistisch eingestellt oder nach wie vor in der SPD sind. Trotz der politischen Untaten ihrer Parteiführung, oder auch gerade deshalb!

Volker Metzroth (UZ vom 20.07.2012)

UNICEF-Studie

Deutschland: Reiches Land - arme Kinder!

Ende Mai veröffentlichte das UN-Kinderhilfswerk UNICEF eine neue Studie zur Kinderarmut. Im Vergleich mit 28 anderen Staaten erreicht Deutschland bei der Versorgung von Kindern gerade mal Platz 15. Selbst manche wirtschaftlich schlechter gestellten Länder stehen besser da.

"Es ist enttäuschend, dass Deutschland es nicht schafft, die materiellen Lebensbedingungen für Kinder entscheidend zu verbessern", kritisierte der Geschäftsführer von UNICEF Deutschland, Christian Schneider. Am besten schneiden der Studie zufolge die skandinavischen Staaten ab, allen

voran Island und Schweden.

Grundlage für die Studie ist den Angaben zufolge eine repräsentative Erhebung der Europäischen Union, für die 125.000 Haushalte zu Kindern befragt wurden. Die Studie definiert 14 verschiedene Güter oder Angebote, die einem Kind in einem wohlhabenden Land zur Verfügung stehen sollten. Dazu gehören ein Platz, um Hausaufgaben machen zu können, ein Internetanschluss oder Freizeitangebote wie Fußballspielen in einem Verein. Wenn ein Kind mehr als zwei dieser Dinge nicht hat, wird dies als Hinweis auf eine "besondere Mangelsituation"

gewertet. In Deutschland liegt dieser Anteil nach UNICEF-Angaben bei 8,8 Prozent - das sind fast 1,2 Millionen Mädchen und Jungen.

In Dänemark liegt der Anteil an Kindern mit einer besonderen Mangelsituation zum Beispiel bei nur 2,6 Prozent und in Schweden bei 1,3 Prozent. Diese beiden Länder sind jedoch nicht wesentlich reicher als Deutschland, sondern liegen beim Pro-Kopf-Einkommen und der wirtschaftlichen Entwicklung auf ähnlichem Niveau, so UNICEF. Besser als in Deutschland geht es auch Kindern in Großbritannien und Slowenien, obwohl dort die Pro-Kopf-Einkommen im Schnitt niedriger liegen als in Deutschland. Am schlechtesten gehe es den Kindern in den ärmeren Staaten Europas wie Rumänien, Bulgarien und Ungarn.

Stadtwerke Flensburg Bilanz 2011

8 Millionen Euro in die Brenntonne

Es gab lange Gesichter am 22. Mai 2012 bei der Bekanntgabe der Bilanz 2011 der Stadtwerke Flensburg durch den Geschäftsführer Maik Render.

Mit ihrem Kerngeschäft haben die Stadtwerke im letzten Jahr ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 14,5 Millionen Euro erwirtschaftet. Gleichzeitig stieg der Umsatz im Konzern um 7,2 Prozent von 319,3 auf 345,6 Millionen Euro. Im Energiegeschäft Strom, Fernwärme und Wasser der Stadtwerke Flensburg GmbH kletterte der Umsatz sogar um 25,3 Millionen Euro von 300,9 auf 326,2 Millionen, was einer Steigerung von 8,4 Prozent entspricht.

Das gute Ergebnis wurde jedoch durch millionenschwere Abschreibungen auf Finanzanlagen und Verluste bei den in der Stadtwerke-Tochter Flensburger Förde Energie GmbH (FFE) gebündelten Beteiligungen - allein 8 Millionen Euro durch das Trianel-Kohlekraftwerkprojekt in Lünen - negativ belastet und führte zu einem Fehlbetrag von fast 1 Million Euro im Jahresabschluss der Stadtwerke Flensburg GmbH.

Unabhängig vom Geschäftsergebnis wollen die Stadtwerke aber - ebenso wie im letzten Jahr - die vertraglich zugesicherten 3 Millionen Euro an die Stadt abführen.

Damit soll nun das Lünen-Abenteuer - wie bereits im vorletzten Geschäftsjahr die Fehlinvestitionen in Ventspils und Krefeld - und weitere verlustreiche Investitionen beendet sein.

Durch Entscheidungen des ehemaligen Stadtwerke-Vorstand um Matthias Wolfskeil und dem ehemaligen Aufsichtsrat mit dem Vorsitzenden Peter Köhler wurden in den Geschäftsjahren 2010/11 bei den Stadtwerken insgesamt 15 Millionen Euro vernichtet. Damit kommen beide in die Nähe einer kriminellen Vereinigung. Für die Geschäftsjahre 2010/11 wurde dem ehemaligen Geschäftsführer Matthias Wolfskeil keine Entlastung erteilt. Die Stadt behält sich Regress-Ansprüche vor.

Nicht berücksichtigt dabei sind die enormen Aufwendungen für das von Wolfskeil und Köhler angeschobene KWplus-Projekt, das alleine mehr als 60 Millionen Euro verschlang. Bisher ist nicht klar, wann und in welchem

Umfang KWplus tatsächlich seine Kosten amortisieren kann. Insbesondere die angepeilten Einspar- und positiven Kosteneffekte durch den Einsatz sogenannter Sekundär- oder Ersatzbrennstoffe (EBS) und Holzhackschnitzel bei der Strom- und Fernwärmeproduktion sind nicht belegt. Bisher wurden auch nicht ansatzweise die beabsichtigten Mengenumsätze bei der Verbrennung von EBS und Holzhackschnitzeln erreicht. Lediglich knapp 32.000 Tonnen EBS und 4.400 Tonnen Holzhackschnitzel konnten im Jahr 2011 zur Strom- und Fernwärmeproduktion eingesetzt werden. Zwar führte das rein rechnerisch über CO2-Gutschriften zu fast 48.000 Tonnen weniger CO2 als beim Einsatz von Steinkohle. Dennoch ist man immer noch meilenweit vom eigentlichen Ziel entfernt. So war im Rahmen des KWplus-Projektes für das Jahr 2012 ursprünglich geplant, bereits 35 Prozent der Kohle durch EBS (Substitutionsanteil 25 Prozent) und Holzhackschnitzel (Substitutionsanteil 10 Prozent) zu ersetzen. Das entspräche einem Gesamteinsatz von etwa 160.000 Tonnen EBS und Holzhackschnitzeln. Damit sollte sich der Kohleeinsatz bereits in diesem Jahr um knapp 90.000 Tonnen verringern. Ob das wirklich nach den vorliegenden Zahlen aus 2011 jemals erreicht wird, kann man wohl mit Fug und Recht bezweifeln.

Eines tröstet zumindest etwas darüber hinweg: Mit Beginn des Projektes zum Ersatz zweier alter Kohlekessel und der Investition von 128 Millionen Euro in eine neue, moderne Gas- und Dampfturbinenanlage wird das Flensburger Kraftwerk den Schadstoffausstoß ab dem Jahr 2016 noch deutlicher senken können. Ebenso trägt der Bau eines Elektrodenheizkessels, in dem "unverkäuflicher", von den Stadtwerken produzierter Strom wie in einem Tauchsieder Wasser erhitzt, das zusätzlich über Wärmespeicher der Fernwärmeverzeugung dient, ab Herbst 2012 zur nachhaltigen Verbesserung der Schadstoff- und CO2-Bilanz der Stadtwerke bei.

Unklar sind jedoch noch die Ergebniszahlen für den Stadtwerke Konzern, bzw. für die Töchter Hafenbetriebsgesellschaft, Flughafen, Aktiv-Bus etc. Diese Zahlen wurden bisher

nicht bekannt gegeben. Inwieweit sich hier noch Verluste angehäuft haben, bleibt abzuwarten.



DKP Kreisgruppe Flensburg lädt ein zur

Jahreshauptversammlung 2012

**am Donnerstag, den 13. Sept. 2012,
19 Uhr im Restaurant FEUERSTEIN
Norderstr. 98 in Flensburg**

Tagesordnung:

- 1) Eröffnung und Begrüßung
- 2) Konstituierung
- 3) Bericht des Gruppenvorstandes
- 4) Kassenbericht
- 5) Diskussion
- 6) Entlastung des Vorstandes
- 7) Beratung und Beschlussfassung über Arbeitsplanung, Anträge und Entschlüsse

Wir würden uns freuen, wenn wir viele Genossen und Freunde unserer Partei begrüßen können und neue Impulse für unsere weitere Tätigkeit erhalten.

Ein Kongreß im Zeichen des Aufbruchs

Dänische Kommunistische Partei hält ihren 33. Parteitag ab - Weichen für kommunistische Einheit gestellt

Am 17./18. Juni fand in Kopenhagen der 33. Parteitag der **Dänischen Kommunistischen Partei** (DKP) in Kopenhagen statt. Dieser sollte eine neunjährige Programmdiskussion abschließen und das Verhältnis der Partei zur breiteren Linkspartei **Einheitsliste** klären sowie die Wiedervereinigung der DKP mit der 1991 von ihr abgespaltenen **Kommunistischen Partei in Dänemark** (KPiD) vorbereiten. Deshalb fand in den letzten Jahren ein gemeinsamer Diskussionsprozeß mit dem Ziel der Wiedervereinigung in einer kommunistischen Partei statt. In der Praxis (Gewerkschaftsarbeit, EU-Widerstand, gemeinsame Pressefeste, etc.) gibt es bereits eine Zusammenarbeit. Grund für die Spaltung war damals die Gründung der breiten sozialistischen **Einheitsliste** durch DKP-Mitglieder und andere Linke. Die KPiD sieht sich durch die Ereignisse der letzten Jahre bestätigt, daß eine Stärkung der revolutionären Kräfte am ehesten durch außerparlamentarische Aktivitäten erfolgt und nicht durch Engagement in einer auf das Parlament orientierten Partei. Auch in der DKP wird die Einheitsliste kritisch betrachtet: So ist zwar nicht wie in der deutschen Linken und der SP der Niederlande, eine Doppelmitgliedschaft ausgeschlossen; der Einfluss der DKP ist jedoch minimal. Zwar existiert das Netzwerk "KommunistInnen in der Einheitsliste", führt dort jedoch eine Randexistenz, ähnlich der

der KPF in der LINKEN. Das Ja der Parlamentsfraktion zum Libyen-Einsatz im vergangen Jahr und die Tolerierung der "rot-grün-liberalen" Ministeriumsregierung und deren Angriffe auf Arbeitslose, FrührentnerInnen u.a. stehen im offenen Gegensatz zur Politik der DKP. Deshalb wird der Verbleib der DKP in der Liste engagiert diskutiert. Die Partei wird ihren Kampf in den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen darum noch verstärken. Aus deutscher Sicht ist erfreulich, daß eine Solidaritätserklärung mit der VVN-BdA anlässlich des 20. Jahrestags der Pogrome in Rostock beschlossen wurde. Weiterer Höhepunkt war der Auftritt der gemeinsamen Jugendorganisation der beiden Parteien "JungkommunistInnen"; die über Anklang bei Jugendlichen für ihre Bildungstätigkeit und ihr erfolgreiches Auftreten bei einer Demonstration der "Occupy"-Bewegung berichten konnten. Auch in diesem Jahr finden wieder das gemeinsame Pressefest in Kopenhagen und das nordische Sommerlager der kommunistischen Parteien Norwegens, Schwedens und Dänemarks statt. Es wurden gemeinsame Seminare u. a. Veranstaltungen beider Parteien beschlossen. Die Programmdebatte in der DKP wird fortgeführt. All dies sind Anzeichen für die (Wieder-)Etablierung einer kommunistischen Partei im nördlichen Nachbarland.

Stefan Godau, Kopenhagen

Veranstaltungsreihe „erinnern um zu lernen - gedenken um zu verändern“
Oktober/November 2012 in Flensburg

Es lebe die Freiheit!

Junge Menschen gegen den Nationalsozialismus

Eine Ausstellung des Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945

15. Oktober bis 3. November 2012, Zentrale Hochschulbibliothek Flensburg

Die Jugend war ein wichtiger Pfeiler beim Ausbau der nationalsozialistischen Herrschaft. Nur wenige fanden den Mut, sich zu widersetzen. Die Ausstellung erinnert an diese standhaften Jugendlichen und will mit ihrem Beispiel Mut machen. Dargestellt wird das Wirken der Baum-Gruppe, der Edelweißpiraten, der Roten Kapelle, der Swing-Jugend, der Weißen Rose sowie der jugendliche Widerstand in Europa.

Das Begleitprogramm umfaßt - neben der Eröffnungsveranstaltung - eine Lesung, Filmvorführungen und eine Vortragsveranstaltung.

Veranstalter: Evangelisches Frauenwerk Kirchenkreis Flensburg, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten Flensburg. Weiter zählen zu den Veranstaltern im Jahr 2012: Zentrale Hochschulbibliothek Flensburg, Kulturbüro der Stadt Flensburg, DGB Region Schleswig-Holstein Nordwest, IG Metall Flensburg und der Kirchenkreis Flensburg.



TERMINE

Mitgliederversammlung

- z Donnerstag, 16. Aug., 19 Uhr
z Donnerstag, 28. Okt., 19 Uhr
im Restaurant FEUERSTEIN,
Norderstraße 98, Flensburg

BLICKPUNKT

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg
Postfach 1401, 24904 Flensburg
Mail: dkp.flensburg@versanet.de

Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)
Druck: Eigendruck

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Preis: 0,40 € (1 € incl. Versandkosten)

Spenden können überwiesen werden auf das Konto 38551208 bei der Postbank Hamburg, (BLZ 20010020), Verwendungszweck: Blickpunkt